

# Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antrag E1\_13/2

---

Empfänger\*innen: Juso-Bundeskongress, SPD Parteitag sowie die Weiterleitung an SPD Parteivorstand, deutsche Sozialdemokrat\*innen im Europaparlament

## E1\_13/2 Wahlen in der EU - Chance für eine europäische Zukunft

Europa und die Europäische Union, das ist mehr als die rein materielle Dimension, auch wenn diese Ebene nicht vernachlässigt werden darf. Die Europäische Union ist die Idee - und der Beweis - dass die Beziehungen von Staaten dauerhaft durch Austausch und Kooperation gekennzeichnet sein können, statt durch Konflikt und Krieg. Und das seit mittlerweile 61 Jahren. Für viele Menschen ist Europa heute ein selbstverständlicher Teil ihres Alltags.

Doch weder die europäische Idee noch die Europäische Union sind Selbstläufer. Vielmehr befinden sie sich derzeit unter Beschuss, anti-europäische Ressentiments haben wieder Hochkonjunktur. Das Wahlergebnis der Alternative für Deutschland bei den Bundestagswahlen 2013 war nur der letzte in einer Reihe von Belegen für diese Entwicklung, die euroskeptischen Positionen im Europaparlament gewinnen seit Jahren sowohl bei rechten als auch linken Parteifamilien stark an Stimmen.

Dabei ist Europa heute wichtiger denn je - gerade auch für junge Menschen. Wir wollen das nächste Jahr nutzen, um die europäische Idee neu zu beleben. Vor allem im Bildungsbereich können Weichen gestellt werden für eine bessere und europäischere Zukunft. Denn hier ist Raum, um Europa kennenzulernen, um europäische Erfahrungen zu machen, hier werden die Grundlagen einer Gesellschaft vermittelt. Wir wollen im Verband diskutieren, was für uns Europa und eine europäische Bildung ausmacht, wo Verbesserungsbedarf besteht und wie eine Zukunftsperspektive aussehen kann.

Doch damit eine solidarische und gerechte Zukunft zustande kommen kann, ist die anstehende Wahl des Europäischen Parlamentes entscheidend. Konservative, rechtsgerichtete UND NEOLIBERALE Kräfte dürfen nicht die Deutungshoheit über Europa erlangen bzw. nicht länger über diese verfügen.

### Europa heute: Krisenzeiten

Die wirtschaftliche Krise in Europa dauert weiter an. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt in vielen europäischen Ländern katastrophale Ausmaße an, Eurostat geht europaweit von durchschnittlich 23,0% aus, in Spanien und Griechenland sogar von knapp 60%.<sup>1</sup> Die Folgen für die Zukunft, sind noch kaum absehbar. Die vor allem auch von der Bundesrepublik verfolgte Austeritätspolitik verschärft die Krise immer weiter: Erst werden Spardiktate in Milliardenhöhe oktroyiert und dann auf einem „Jugendarbeitslosigkeits-Gipfel“ versprochen, 6 Milliarden zur Bekämpfung des angerichteten Schaden freizugeben. Zweifelsohne verunsichert jener ambivalente Schlingerkurs in der Europapolitik die Menschen. In mehr und mehr Ländern wird die europäische Idee in Frage gestellt: Euro-Skeptiker\*innen gewinnen an Unterstützung, auch im Mainstream, rassistische Äußerungen und

<sup>1</sup> [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-12072013-BP/DE/3-12072013-BP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-12072013-BP/DE/3-12072013-BP-DE.PDF)

Überzeugungen haben wieder Konjunktur. In allen Ländern - unabhängig von der wirtschaftlichen Situation - nehmen Misstrauen und Vorurteile zu. Während die sogenannte „Euro-Troika“ signifikant unternehmerorientierte Wirtschaftspolitik betreibt, versagt die gewerkschaftliche Stimme.

Auch die Europäische Union krankt an verschiedenen Problemen und konnte zum Beispiel antidemokratischen Bewegungen wie in Ungarn bisher nichts entgegensetzen. Der Verbleib von Viktor Orbans Fidesz in der Parteienfamilie der europäischen Volksparteien, der auch die CDU angehört, zeigt, dass Antisemitismus, Antiziganismus und Alltagsrassismus in der gesellschaftlichen Mitte geduldet werden. Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament schafft es nicht, dem wirksam entgegenzuwirken. Auch die Europäische Union selbst muss seit ihren Ursprüngen mit dem Vorwurf des Demokratiedefizits und der fehlenden Legitimation kämpfen. Im Vordergrund steht die Kritik an einer zu großen Machtverteilung innerhalb der Union zu Gunsten des Ministerrates und auf Kosten des Europäischen Parlaments. Während die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon versuchten, dieses Defizit zu adressieren, nahm die Problematik im Verlauf der Krise neue Formen an. So ist die Troika, welche Sparmaßnahmen diktiert und Reformanstrengungen kontrolliert, bei weitem kein demokratisch gewählter Akteur. Besserer Nährboden für rechten Populismus gegen eine sogenannte "EU-Diktatur" lässt sich kaum finden.

Wie wir Juso-Hochschulgruppen bereits 2009 beschlossen haben, soll unser Europa ein offenes Europa sein. Dazu gehört auch, dass wir Menschen, die Zuflucht in Europa suchen, nicht an europäischen Grenzen zu Tode kommen lassen. Seit 1988 starben an europäischen Grenzen 19372 Flüchtlinge, nicht selten unter den Augen von Sicherheitskräften, die sie hätten retten können. Als sei es nicht zynisch genug eine eigene Agentur gegründet zu haben, um die Grenzen vor illegalen Migrant\*innen zu schützen, wird durch die Auslagerung außerdem eine Unnachvollziehbarkeit der Verantwortung erreicht.

Das bedeutet für uns, einwanderungsskeptische Meinungen in unserer Partei weiter zu bekämpfen und für mehr Toleranz und Offenheit für die Menschen zu sorgen, die herkommen, um sich vor Verfolgung zu schützen. Nur ein, dass auch Einwanderung zulässt, ist ein offenes Europa.

In etwa die Hälfte des Etats der EU wird nicht für Soziales oder Infrastrukturprojekte ausgegeben, sondern für Agrarsubventionen. Milliarden von Euro fließen in die Manipulation von Agrarpreisen, in eine Branche, die europaweit unter 3% aller Beschäftigten beinhaltet und gerade mal 1,5% des BIP der EU ausmachen. Von den Subventionen profitiert also nur eine Minderheit.

Außerdem verhindern die Subventionen, dass andere Teilnehmer am Weltmarkt ihr Produkte nach Europa exportieren. Stattdessen werden z.B. Afrikanische Märkte mit unseren Agrarprodukten versorgt oder bekommen europäische Überschüsse geschenkt. Dies hat zur Folge, dass die Agrarproduzent\*innen der Afrikanischen Staaten ihre Waren vor Ort auch nicht verkaufen können, da sie im Vergleich zu teuer produzieren.

Von diesem Egoismus profitiert die EU, doch gehört es zur Verantwortung eines solchen Staatenzusammenschlusses die globalen Folgen abzuschätzen und sie möglichst sozial und solidarisch zu gestalten. Wir fordern deswegen ein Ende dieses Protektionismus.

Es muss sich einiges tun, damit das Projekt Europa eine Zukunft und die Chance auf Akzeptanz bei den Bürger\*innen haben kann. Die Austeritätspolitik muss genau wie der ruinöse Steuerwettbewerb und die laxen Bekämpfung von Steuerbetrug ein Ende haben, und das Thema der gemeinsamen Haftung darf kein Tabu mehr bleiben. Tabuisiert werden muss aber die weitere Einschränkung öffentlicher Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die Privatisierung des Trinkwassers. Wir wollen solidarische Lösungen und eine nachhaltige Investitions- und Innovationspolitik. Politik und Krisenlösung müssen endlich auf Augenhöhe stattfinden. Dazu gehört, dass Risiko- und Krisenverursacher\*innen stärker finanziell beteiligt werden. Eine Finanztransaktionssteuer wäre ein erster wichtiger Schritt. Rahmenbedingungen müssen angeglichen werden und im Sinne einer

nachhaltigen Politik müssen große Herausforderungen wie der Energiewandel koordiniert angegangen werden.

Es muss eine ernsthafte gemeinsame Anstrengung zur Bekämpfung von antidemokratischen und diskriminierenden Tendenzen geben, vorhandene Sanktionsmöglichkeiten wie der Entzug des EU-Stimmrechts müssen ausgeschöpft werden. Das Bedienen rassistischer und menschenverachtender Vorurteile, wie zuletzt auch von deutschen Politiker\*innen bei den Debatten um den Umgang mit Sinti und Roma und Flüchtlingen, ist inakzeptabel. Zusammenschlüsse wie die Europäische Allianz für die Freiheit wollen wir bekämpfen. Auch die demokratische Legitimation der Europäischen Union muss Thema sein. Die geplante Aufstellung von Spitzenkandidat\*innen für das Amt der\*des Kommissionpräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten ist ein Anfang, Wähler\*innen haben erstmals durch ihre Stimme eine Chance, die europäische Regierung mit zu bilden. Dieses Novum darf aber keinesfalls als Endstand, sondern höchstens als Beginn eines breiten Demokratisierungsprozesses verstanden werden. Ein wichtiger Schritt ist insbesondere die Ausweitung des Initiativrechts auf das europäische Parlament, als einziges direkt gewähltes EU-Organ.

Damit Wähler\*innen in der Zukunft besser ihre politische Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen können und auch ein größeres Verständnis für und Interesse an europäischen Fragen entwickeln, muss der Bildungsbereich eine entscheidende Rolle spielen: Wir fordern eine stärkere inhaltliche Gewichtung von europäischen Themen in Lehrplänen, kulturellen Veranstaltungen und hochschulpolitischen Curricula. Der weitere Ausbau von Europabüros und Informationsstellen ist zwingend notwendig. Außerdem sollten Mitarbeiter\*innen der öffentlichen Verwaltung in Bürger\*innenzentren von Rathäusern und Kommunalämtern besser europapolitisch geschult werden. Sie dienen den interessierten Bürger\*innen als erste, ortsnahe, Anlaufstelle.

### **(Hochschul-)Bildung in Europa**

Eine gute Bildung ist Voraussetzung für eine gesellschaftliche Entwicklung und kann eine Grundlage für eine solidarische Zukunft und ein grenzüberschreitendes Zusammenwachsen schaffen. Im Hochschulbereich gibt es bereits seit vielen Jahren gemeinsame Bestrebungen für eine Europäisierung. 15 Jahre nach der Skizzierung eines europäischen Hochschulraumes im Rahmen der Sorbonne-Erklärung, ist man einigen der ursprünglichen Ziele zumindest ansatzweise näher gekommen. So wurden in zahlreichen Ländern mittlerweile nahezu flächendeckend Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt haben. Doch in vielen Ländern wurde die Umstellung nicht vordringlich für die Schaffung von vergleichbaren Abschlüssen genutzt, sondern um vor Ort nationale Interessen und Reformpläne durchzusetzen. Zumindest in der Bundesrepublik wurde die Reform genutzt, um einen bestehenden Ökonomisierungsprozess massiv voranzutreiben. Die Entwicklung hin zu einem tatsächlich gemeinsamen europäischen Hochschulraum stagniert währenddessen. So sind Studierende heute vielleicht mobiler als vor der Bologna-Reform, dies gilt aber nicht für alle Studierende in gleichem Maße. Sowohl Herkunftsland als auch finanzielle Möglichkeiten bestimmen, mit welcher Wahrscheinlichkeit jemand im Rahmen seines Studiums ein anderes Land kennenlernt.<sup>2</sup> Deshalb sollen europaweit Bildungsgebühren abgeschafft werden.

Das ERASMUS-Programm war und ist ein wichtiges Instrument um diesen Austausch zu fördern, doch es deckt bei weitem nicht alle Kosten und Plätze sind nur für einen vergleichsweise kleinen Teil der Studierenden vorgesehen. Die Zukunft des Programms sieht außerdem eine Zusammenlegung des

---

<sup>2</sup> Wolfgang Isserstedt, Maren Kandulla: Internationalisierung des Studiums - Ausländische Studierende in Deutschland - Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem, 2010, S. 61.

Bereiches für lebenslanges Lernen (einschließlich des ERASMUS-Programms), des Jugend in Aktion-Programms und die internationalen Hochschulprogramme der EU mit Drittländern in einem einzigen integrierten Bildungsprogramm mit dem Namen "ERASMUS+" vor. Die Entwicklung und Folgen lassen sich hier noch nicht in aller Konsequenz absehen.

Wir fordern unabhängig davon den Ausbau dieses Programms um den europäischen Hochschulraum und die damit verbundenen Erfahrungen möglichst vielen Studierenden zugänglich zu machen. Langfristig muss es das Ziel sein, ausreichend Kapazitäten zu schaffen und bereit zu stellen, um jede\*r Studierenden unabhängig von Herkunft und finanzieller Situation ein solches Auslandssemester zu ermöglichen.

Auch ein gemeinsamer europäischer Wissenschaftsraum ist nicht vorhanden. Vielmehr zeichnen sich aufgrund der Krise ein Ausbluten der Wissenschaft in einigen Ländern ab. Einsparmaßnahmen im Wissenschaftssektor unterminieren aber wissenschaftlichen Fortschritt und Innovationen und somit auch die Grundlage für eine wirtschaftliche Erholung - von den Folgen für Gesellschaft und Kultur ganz zu schweigen. Ein eigenständiger Ausweg aus der Krise wird so immer unwahrscheinlicher, die Situation immer desolater.

Wir wollen einen europäischen Hochschulraum, der diesen Namen auch verdient! Dazu braucht es kurzfristige Forderungen, für eine direkte Verbesserung der Situation aber auch eine gemeinsame Vision, wohin sich ein gemeinsamer Hochschulbereich entwickeln soll.

Ein europäischer Hochschulraum soll auch ein demokratischer sein. Wir fordern daher europaweit studentische Mitbestimmung. Denn auch in Europa gilt, dass Demokratie kein Zustand sondern ein Prozess ist. Damit ein europäischer Hochschulraum seinen Zweck erfüllen kann, darf des Weiteren nicht Wettbewerb die bestimmende Triebfeder in ihm sein. Vielmehr muss Kooperation das leitende Prinzip sein. Rankings wirken dem entgegen und können auch keine Aussagen über die tatsächliche Qualität von Forschung und Lehre aussagen. Ziel müssen vielmehr gute und ausfinanzierte Hochschulen in allen europäischen Regionen sein. Die europäische Forschung muss derweil eine vielfältige sein, die ihre Ergebnisse transparent der Öffentlichkeit zugänglich macht, sich an gemeinsam formulierte ethische Standards hält und nicht wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellt.

Für ein grenzübergreifendes Zusammenwachsen ist die Mobilität Grundvoraussetzung. Diese darf weder an nationalen Grenzen, inkompatiblen Strukturen noch an der finanziellen Situation scheitern. Auf den Hochschulbereich bezogen bedeutet das, dass auch alle Menschen die Möglichkeit haben müssen an jeder europäischen Hochschule das studieren zu können, was sie möchten. Diese Hochschulen müssen zugleich inklusiv sein: Nicht nur offen für Menschen aus anderen Ländern, sondern auch für all die unterschiedlichen Teile der Gesellschaft. Die Öffnung innereuropäischer Grenzen, darf aber nicht mit einer Abschottung der Grenzen nach außen oder einer Benachteiligung von Studierenden, die nicht aus einem EU-Land stammen, einhergehen. Damit jede\*r ungeachtet der Herkunft die Möglichkeit hat, ein Hochschulstudium aufzunehmen, muss es eine alters- und elternunabhängige europaweite Studienfinanzierung geben - und zwar als Vollzuschuss.

Um nicht nur geographische Grenzen abzubauen ist auch Kommunikation und Sprache eine zentrale Voraussetzung für mehr persönlichen, kulturellen und auch wissenschaftlichen Austausch. Die Basis hierfür liegt im Bildungssystem. Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben noch vor einem etwaigen Hochschulstudium und ungeachtet der Schulform zwei Fremdsprachen zu erlernen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass jede\*r ungeachtet des Bildungshintergrundes die Möglichkeit erhält gebühren frei zwei Fremdsprache zu erlernen, auch nach Ende der Schulzeit. Dies kann beispielsweise an Volkshochschulen geschehen.

## Ein starker Europawahlkampf

Und auch wenn die Europäische Union viele Probleme hat, sie hat einen erheblichen Beitrag zum Frieden innerhalb Europas und einem stetigen kulturellen Austausch geleistet - und sie hat das Potential, noch viel mehr zu sein. Damit sie dieses Versprechen einlösen kann, bedarf es des Interesses und Engagements der Bevölkerung, vor allem junger Menschen. Denn sie werden es sein, die Europa in den kommenden Jahren gestalten. Ihnen wollen wir im Europawahlkampf die Bedeutung der EU, auch für ihre Lebensrealität und Zukunft, nahebringen. Wir wollen den Europawahlkampf als Chance begreifen, um für die Idee eines Europas der Bürger\*innen, des Austauschs und der guten Bildung, statt eines Europas der Wirtschaft zu werben. Dieses grundlegende Prinzip wollen wir nicht nur in der Gesellschaft sondern auch innerhalb der SPD und PES stärken.

Die bestehenden Probleme der EU, wie ihr Demokratiedefizit, wollen wir währenddessen nicht aussparen. Vielmehr wollen wir die Aufmerksamkeit im Europawahlkampf nutzen, um einen gesellschaftlichen Diskurs über Lösungsmöglichkeiten zu stärken. Und zur Stärkung der demokratischen Legitimation gehört auch, sich für eine Erhöhung der gefährlich geringen Wahlbeteiligung stark zu machen.

Die wichtige Rolle, die junge Wähler\*innen bei der Wahl des europäischen Parlaments spielen werden, wollen wir mit einem starken Jugendwahlkampf nutzen. Wir wollen in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulgruppen vor Ort mit so vielen jungen Menschen wie möglich ins Gespräch kommen und sie von unseren Positionen überzeugen. Um dies zu erreichen wollen wir gemeinsam die für junge Wähler\*innen entscheidenden Fragen identifizieren und sozialistische und internationalistische Antworten erarbeiten.

Als internationalistischer Studierendenverband wollen wir dabei auch über Ländergrenzen hinweg nach Austausch und Bündnispartner\*innen suchen und als internationalistischer Verband bei all unserem Handeln auch eine über die EU hinausreichende Perspektive einbeziehen. „Konkret wollen wir hierfür im Mai 2014 einen gemeinsamen europaweiten Aktionstag /Aktionswoche aller linken Hochschulgruppen innerhalb der EU unter dem Motto „Indignation of an entire generation - We want a different Europe NOW!“ veranstalten. Ziel soll es erstens sein, die wahren Ursachen der sog. Finanz-, Schulden- und Eurokrise deutlich zu benennen. Zweitens soll auf die Situation der Bevölkerung in den Krisenstaaten in Folge der desaströsen Austeritäts- und Reformpolitik, aber auch auf Missstände wie prekäre Beschäftigung und eine immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich in ganz Europa, aufmerksam gemacht werden. Dabei sollte deutlich werden, dass es sich nicht um die Krise einzelner Länder handelt, sondern um eine gesamteuropäische, die auch nur gesamteuropäisch zu lösen ist. Dementsprechend sind drittens Alternativen für ein besseres, gerechteres und sozialeres Europa aufzuzeigen und weitreichende Denkanstöße zu geben.